

GRÜNE ZEITEN



FÜR GARCHING

<i>Fahrradfreundlich ist anders</i>	Seite 1
<i>Radflohmarkt</i>	Seite 2
<i>Straßenausbaubeitrags-satzung</i>	Seite 2
<i>Die GRÜNEN im Kreistag berichten</i>	Seite 3
<i>Die GRÜNEN im Landkreis München</i>	Seite 4



Foto: Wolfgang Bernklau

1 - 2015

FAHRRADFREUNDLICH IST ANDERS

Die Stadt Garching ist Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern“ (AGFK).

Im Laufe des Jahres wird eine Experten-Kommission der AGFK eine Bereisung auf dem Gebiet der Stadt Garching durchführen, um zu prüfen, ob die Stadt Garching den Titel „Fahrradfreundliche Kommune“ weiter führen darf.

Der innerörtliche Verkehr mit dem Fahrrad muss in Garching sicherer und damit attraktiver werden. Die Radverkehrswege müssen entsprechend den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) angelegt werden, denn nur eine attraktive Infrastruktur für den nicht motorisierten Verkehr wird die notwendige Veränderung in der Verkehrsmittelwahl positiv beeinflussen. Auf diesem Gebiet macht die Stadt viel zu wenig. Den Rad- und Fußgängerverkehr zu mischen ist eine wenig vorausschauende Verkehrspolitik, vor allem wenn eine Zunahme des Radverkehrs angestrebt werden soll. Außerdem wird bisher nicht berücksichtigt, dass der Anteil der Pedelecs (Fahrräder mit Elektromotor) weiter ansteigen wird.

Die Mobilität wird in und um München in den nächsten Jahren noch erheblich zunehmen. Ein weiterer Ausbau des Straßennetzes und des Öffentlichen Nahverkehrs können diese Entwick-

lung nicht alleine auffangen. Ein Teil der Pendlerströme muss auf den Radverkehr umgelenkt werden. Da gibt es in Garching reichlich Handlungsbedarf. Die Radverkehrswege nach München und den anderen Nachbargemeinden müssen dringend ertüchtigt

werden.

Wir GRÜNE in Garching, den Nachbargemeinden und München, arbeiten seit einiger Zeit in Workshops an Alternativen zu den überwiegend auf den Autoverkehr ausgerichteten Verkehrsplanungen. *Rolf Schlesinger*

ES GRÜNT NICHT GRÜN, WENN BAUHOFLAUT`SICH MÜHN.

Ein Dauerthema in Garching. - GRÜNE Stadträte werden um Hilfe gebeten, wenn Bäume gefällt oder Äste und Sträucher dem Gott „Saubermann“ mit Radikalschnitten geopfert werden. Was aber tun, wenn alles am Boden liegt. Protestieren schon, aber was hat das bisher gebracht? Die Kastanie vor Tengelmann ist nur ein Beispiel dafür, wie ein vitaler ortsprägender Baum - Gutachten hin oder her - Brennholz wurde. Sägefetischisten geben weiter den Ton an. Der Umweltreferent liefert die Begründung: Zu krank, zu gefährlich, zu viel Schatten, zu viel Laub, zu dicht stehend, Sicht behindernd usw.

Gutachter mit übertriebener Auffassung von Verkehrssicherungspflicht tun das Übrige. Haben sie Angst vor der Haftung oder heißt es für sie gar, wes Brot ich ess, des Lied....? Ersatzbäume sollen manchmal ein Trost sein! Aber man weiß doch, dass Bäume erst im Alter große Mengen CO₂ speichern, viel Schatten und Sauerstoff spenden, Staub binden und mit der Laubkrone ein Genuss fürs Auge sind.

Viele Bürger wundern oder ärgern sich deshalb auch, dass es in Garching keine Baumschutzverordnung gibt. Diese Uraltforderung der GRÜNEN, war bisher in Garching chancenlos, obwohl viele Gemeinden, auch solche, die viel Baumbestand haben (oder gerade deswegen?) damit gut gefahren sind. Die Argumente: Es wird vor Erlass noch schnell umgeschritten – schon so viel Grün da - Arbeitsaufwand - Eingriff in das Eigentum – und und und
Man könnt's ja mal probieren – aber das macht Arbeit.



Zu fällen einen schönen Baum brauchts eine halbe Stunde kaum. zu wachsen, bis man ihn bewundert, braucht er, bedenk es, ein Jahrhundert. (Eugen Roth)

Rainer und Ingrid Wundrak

9. RADL-FLOHMARKT DER GRÜNEN IN GARCHING

am Samstag, den 02.05.15,
9:00 – 12:00 Uhr auf dem Bürgerplatz.
„Mobil ohne eigenes Auto“

Informationen zu einer umweltschonenden
Mobilität (MVV, Carsharing, Radfahren).



NEIN, ZUR STRASSENBAU- BEITRAGSSATZUNG! – JA, ZUM STRASSEN- ERHALTUNGSMANAGEMENT!

Wenn man durch Garching geht oder fährt, stellt man fest, dass viele Schäden an Straßen und Wegen, die über Jahre feststellbar sind, nicht behoben werden und sich laufend vergrößern. Aufgebrochene Straßen und Wege wegen durchgeführter Spartenverlegungen, durch Firmen, der EWG oder der Stadt selbst, wurden oft nur unzureichend wiederhergestellt und sind so einem schnelleren Verfall preisgegeben. Das führt dazu, dass über kurz oder lang kostenintensive (Voll-) Sanierungen notwendig werden.



Straßenbaubeitragssatzung

Dieses Damoklesschwert hängt über den Garchinger Bürgern. Insbesondere die Beteiligung an der Geothermie und der Bau des Gymnasiums hat Garching sehr belastet. Für weitere künftig, notwendigen Investitionen der Infrastruktur dürfen keine Kredite aufgenommen werden. Ansonsten wird Garching vom Landratsamt München, aufgefordert werden, eine Straßenbaubeitragssatzung entsprechend dem, umstrittenen Kommunalabgabengesetz, (KAG) einzuführen. Weigert sich eine Gemeinde, weist die Rechtsaufsichtsbehörde auf die Erfüllung möglicher strafrechtlicher Tatbestände durch die kommunalen Mandatsträger hin. Nach neuerer Rechtsprechung könnte ein solcher Verstoß den Tatbestand der Untreue erfüllen, mit der Folge von

Schadenersatzforderungen nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Viele Kommunen, aber auch Vereine, sehen im KAG in der derzeitigen Form einen Verstoß gegen Artikel 3 u.14 des Grundgesetzes. Straßen werden nicht nur von Anliegern sondern auch von der Allgemeinheit genutzt, weshalb sie sich für die Abschaffung dieser sozial ungerechten Straßenbaubeiträge einsetzen. Der Eigenheimerverband Bayern e.V. z.B., hat dafür eine Online- Petition „Straßen saniert - Bürger ruiniert!? Weg mit der Straßenbaubeitragssatzung“ ins Netz gestellt, worin jeder unterschreiben kann.

Die Kosten für den normalen Straßenunterhalt müssen von den Kommunen getragen werden, während Vollsanierungen bei Anwendung einer Straßenbaubeitragssatzung größtenteils (bis zu 80%) die jeweiligen Anlieger zu tragen hätten. Das kann für diese, bei bis zu fünfstelligen €-Beträgen, zum vollständigen Ruin führen. Ältere Menschen die ihr Haus zur Altersvorsorge gebaut haben, müssten evtl. sogar ihr Haus verkaufen, weil sie von Banken keinen Kredit bekommen würden.

Durch einen entsprechend angepassten Haushalt 2015, wird die Einführung zumindest jetzt noch nicht notwendig. Die GRÜNEN in Garching, wollen diese auch weiterhin vermeiden.

Straßenerhaltungsmanagement

Aus wirtschaftlichen Gründen, aber auch den Auswirkungen einer solchen Beitragssatzung entgegenzuwirken, ist es notwendig Straßenschäden frühzeitig und fachgerecht zu beheben.

Durch bedarfsgerechte Straßenerhaltungsmaßnahmen können die Kosten mittelfristig bis zu 30% gesenkt werden.

Viele Straßen sind überaltert und durch die vielfältigen Beanspruchun-

gen verbraucht. Also steigt der Erhaltungsbedarf in Zukunft noch weiter an. Bei einer Vernachlässigung der Substanzerhaltung fallen später für eine Erneuerung das Doppelte bis Dreifache an Erhaltungskosten an. Werden die Haushaltsansätze weiterhin reduziert, baut sich nicht nur ein Überhang des Nachholbedarfes weiter auf, auch der später einzusetzende Finanzaufwand wächst überproportional.

Es ist wichtig, dass der Stadtrat die notwendigen Weichen stellt um den Erlass einer Ausbaubeitragssatzung zu vermeiden oder zumindest deren Anwendung auf das unvermeidliche Maß zu beschränken.

Der Unterhalt der Straßen muss so gemanagt werden, dass eine Komplett- sanierung unterbleiben kann. Dazu gehört, dass wegen Spartenverlegungen, wiederhergestellte Straßenbeläge kontrolliert werden und Mängel spätestens vor Ablauf der Gewährleistung beanstandet und behoben werden.

Der Zustand aller städtischen Straßen soll erfasst und in einem Bericht dargestellt werden.

In einem Managementplan soll aufgezeigt werden, wie der künftige Straßenunterhalt nachhaltig, das heißt langfristig, kostengünstig und damit gleichzeitig umweltfreundlich, erfolgen soll.

Die Fraktion der GRÜNEN hat deshalb entsprechende Anträge zur Einführung eines Straßenerhaltungsmanagements im Stadtrat eingereicht.

Walter Kratzl,
Stadtrat

**Garchinger
GRÜNES KINO**

Bottled Life

Ein Film über die
Privatisierung unserer
Wasserversorgung

**Freitag 24.04.
20:00 Uhr**

**Theater im
Römerhof**

FÜR NEUE FAHRRAD-SCHNELLWEGE!

Das Fahrradfahren erfreut sich immer größerer Beliebtheit: gesund, billig, sympathisch. Immer mehr Menschen nutzen eBikes und Pedelecs auch für den Weg zur Arbeit – als Alternative zu Stau und überfüllten Bahnen. Höchste Zeit, für Fahrräder mehr Platz und schnellere Verbindungen zu



© KARA - FOTOLIA.COM

schaffen. Das Massenverkehrsmittel Fahrrad braucht neue Wege auf mittleren Distanzen von 5-20 Kilometern, das heißt: Auch für den täglichen Weg zur Arbeit. Radial zwischen Stadt und Umland – und tangential zwischen den Landkreismunicipalitäten.

Wir GRÜNE wollen die Ausweisung neuer, schneller, möglichst kreuzungsfreier Radwege vorantreiben - wo immer möglich auf vorhandenen, zu ertüchtigenden und gut zu beschildernden Strecken. Dazu bereiten wir eine Reihe von Initiativen und konkrete Streckenvorschläge vor.

FLÜCHTLINGE IM LANDKREIS MÜNCHEN GUT VERSORGT

Bis zu 3000 Flüchtlinge menschenwürdig im Landkreis München unterzubringen ist nicht nur eine organisatorische Herausforderung, sondern vor allem eine Frage der Menschlichkeit. Während der Freistaat Bayern seine Abschottungspolitik weiterbetreibt und Flüchtlinge oft menschenunwürdig behandelt, hat im Landkreis München eine pragmatische und vernünftige Vorgehensweise Einzug gehalten:

- Der Betreuungsschlüssel für die Flüchtlinge wurde im Gegensatz zur Regierung von Oberbayern (1:150) auf 1:100 verbessert. Und wir achten darauf, dass er auch umgesetzt wird.
- Die Mittel für die Hilfsorganisation

Refugio, die traumatisierte Flüchtlinge psychologisch behandelt, wurden auf Initiative der GRÜNEN hin von 30.000€ auf 60.000€ erhöht.

- Für Deutschkurse für Flüchtlinge stehen im Haushalt des Landkreises nun 100.000€ zur Verfügung. Darüber hinaus stehen wir in engem Kontakt mit vielen Helfergruppen, die ausgezeichnete Arbeit leisten.

Fraktionsvorsitzender Christoph Nadler



GRÜNE besichtigen die vom Landkreis errichtete Flüchtlingsunterkunft in Putzbrunn

Foto: Wolfgang Schmidhuber

VON DER VISION ZUR AKTION!

Der Landkreis München hat beschlossen, seine 2006 einstimmig im Kreistag verabschiedete „Energievision“ neu aufzulegen. Dazu soll es eine Workshop-Reihe mit Fachleuten geben.

Das Leitbild der Energievision des Landkreises München hat seit 2006 gute Dienste geleistet. Erstmals bekannten sich alle Fraktionen im Kreistag zur Energiewende bei uns im Landkreis München. Das Thema kam endlich auch in den Fokus der Kommunalpolitik und der Öffentlichkeit.

Trotz großer Ziele (60% Energieeinsparung bis 2050 und Erzeugung des Rests durch Erneuerbare Quellen) führten Zuständigkeitsprobleme, bürokratische Hemmnisse, aber auch fehlender politischer Wille bei Einigen dazu, dass die Energievision nur selten über Absichtserklärungen und viel Klein-Klein herauskam.

Hinzu kommt ein grundsätzliches Problem: Zwar fokussiert die Energievision das wichtige Sparen, lässt jedoch Aussagen zur Verminderung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen wie CO₂ vermissen.

Trotz großer Behinderungen durch Bund und Land ist der Anteil der regenerativen Energien deutschlandweit auf jetzt 26% gestiegen. Unser Ziel muss es jedoch sein, 100% zu erreichen, weil alle Atomkraftwerke 2022 endlich abgeschaltet sein werden und Energiegewinnung aus Kohle und Gas keine Alternative ist! Zum Beispiel im Mobilitätsbereich werden wir künftig noch mehr erneuerbaren Strom benötigen und nicht weniger. Deshalb muss nicht der absolute Stromverbrauch gesenkt werden, wie es die alte Energievision

vorhatte, sondern der CO₂-Ausstoß muss weg. Das ist das eigentliche Problem.

Es muss ein Weg gefunden werden, auf dem alle Gemeinden, die Bevölkerung und die Wirtschaft für die Energiewende eingebunden und begeistert werden. Wir brauchen landkreisweite Förderprogramme, müssen Anreize schaffen, die Öffentlichkeitsarbeit verstärken und als Landkreis selbst Investitionen in die Energiewende tätigen! Die Vision war gut, jetzt sind aber endlich Taten gefragt! Die Energievision 2.0 soll das leisten

Kreisrat Dr. Markus Büchler

ENERGIEEINSPARCHECK FÜR EINKOMMENSCHWACHE HAUSHALTE

Die „EnergieeinsparChecks für einkommensschwache Haushalte“ werden um drei weitere Jahre verlängert und verbessert. Dieses Projekt geht zurück auf einen Antrag der GRÜNEN Fraktion aus dem Jahr 2011 und finanziert eine kostenlose Energieeinsparberatung für einkommensschwache Haushalte. Außerdem werden neue, besonders sparsame Kühlgeräte für diese Personengruppe bezuschusst.

Für uns GRÜNE ist es besonders wichtig, dass die Energiewende alle Bevölkerungsgruppen erreicht. Nicht nur diejenigen, die zum Beispiel ein Hausdach für Photovoltaik besitzen oder Investitionen in Wärmedämmung, sparsame Fahrzeuge und Haushaltsgeräte stemmen können, sollen von technischen Innovationen und Einsparungen profitieren.

FÜR EINE BÄUERLICH-ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT & GUTES ESSEN



Dr. Toni Hofreiter, MdB
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/
DIE GRÜNEN im Deut-
schen Bundestag
Foto: Stefan Kaminski

Missbrauch von Anti-
biotika und Tierquä-
lerei in der Massen-
tierhaltung, Mono-
kulturen und rapides
Artensterben, ver-
seuchtes Grundwas-
ser und überdüngte
Böden: Die Agrarpoli-
tik von Union und
SPD ist gescheitert.

Um diese Missstände zu beseitigen
haben wir GRÜNE nun ein Sofortmaß-
nahmenpaket vorgestellt, mit dem eine
Agrarwende beginnen kann. Wichtig-
ster Punkt: Öffentliches Geld darf nicht
weiterhin an die Agrarindustrie gehen.

Die Bundesregierung muss Subventio-
nen von oben nach unten umverteilen
und damit bäuerliche Betriebe unter-
stützen, die umwelt- und tierverträglich
wirtschaften. Neue Massentierhal-
tungsanlagen wollen wir stoppen und
die Luft- und Wasserqualität sichern.
Die Gefahren durch den ausufernden
Antibiotikaeinsatz wollen wir wirksam
beseitigen.

Jetzt ist es an der Bundesregierung zu handeln. Für unser gesundes Essen.

Infos:
gruenlink.de/wr9
Aktuell informiert:
facebook.com/anton.hofreiter

TRANSPARENTE GEMEINDEN!

Grundsätzlich haben die BürgerInnen
einer Gemeinde ein Recht darauf zu er-
fahren, was die GemeindevertreterIn-
nen in den Sitzungen besprechen.

Das ist ein Grundprinzip unserer Demo-
kratie. In wenigen Fällen kann es auch
Ausnahmen geben, wenn zum Bei-
spiel Rücksicht auf das Wohl der Allge-
meinheit oder berechnete Ansprüche
Einzelner genommen werden muss.
Dann ist die Öffentlichkeit natürlich
ausgeschlossen. Aber es spricht nichts
dagegen, in anonymisierter Form be-
kanntzugeben, dass der Stadt- oder Ge-
meinderat über ein bestimmtes Thema
- nichtöffentlich - diskutiert.

Die Gemeinde Taufkirchen und die Lan-
deshauptstadt München veröffentli-
chen seit längerem nicht nur die Tages-
ordnungen der öffentlichen, sondern
auch die der nicht öffentlichen Sitzun-
gen: Im Internet kann man sich umfas-

send darüber infor-
mieren, über was die
gewählten Vertre-
terinnen und Vertreter
beraten.



Antje Wagner
Sprecherin
der Grünen im
Landkreis München

Auch in der Gemein-
de Neuried ist die
Veröffentlichung der
Nichtöffentlichen Ta-
gesordnung bereits
beschlossen.

Wir GRÜNE versuchen, dies in allen an-
deren Orten im Landkreis München zu
erreichen. Wir stehen für Transparenz,
Offenheit und BürgerInnenbeteiligung.

Antje Wagner

INFORMATIONEN IM INTERNET

www.gruene.de - Bundesverband

www.gruene-bayern.de - Landesverband

www.gruene-ml.de - Kreisverband

www.toni-hofreiter.de Bundestagsabgeordneter

www.katharina-schulze.de Landtagsabgeordnete

www.gruene-jugend.de - Grüne Jugend

WAS TUN GEGEN PEGIDA, BAGIDA UND CO?

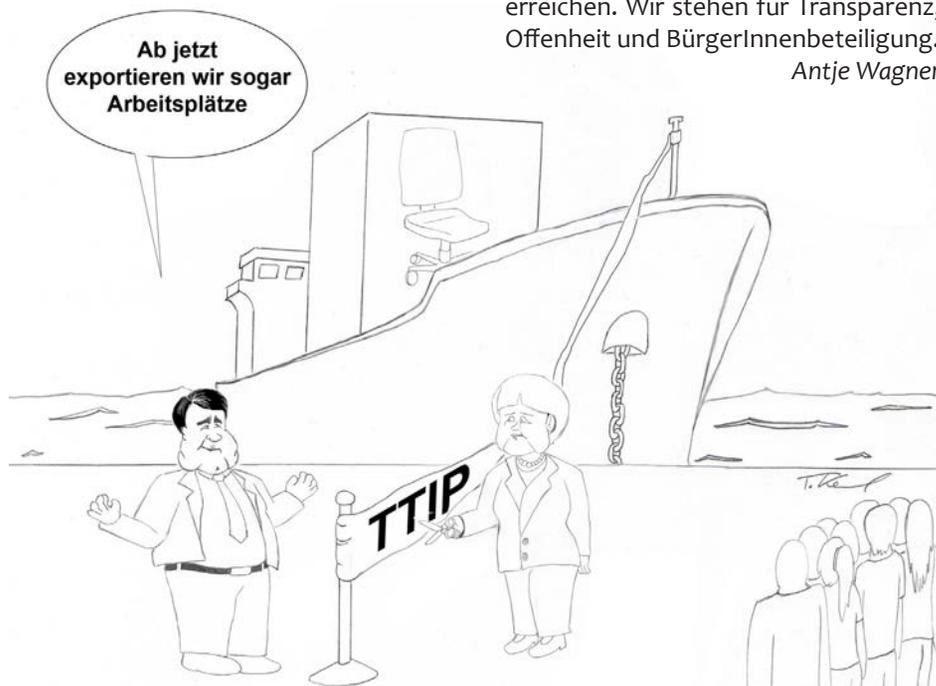
In den letzten Monaten mussten wir
rassistische Demon-
strationen gegen eine
vermeintliche Islami-
sierung des Abend-
lands in ganz Bayern
mitemleben. Wir ha-
ben uns deswegen in
einem Fachgespräch
im Landtag damit
beschäftigt, woher
die Anfälligkeit für
rassistische Resen-
timents kommt und
wie wir Demokratie und Solidarität
dauerhaft stärken können. Interessante
Vorträge über Pegida, Wügida, Bagida
und wissenschaftliche Erkenntnisse zu Is-
lamfeindlichkeit mündeten in einer kon-
troversen Diskussion. Dabei ging es vor
allem um die Frage, wie man angesichts
der geschilderten Situation demokrati-
sche Werte und den gesellschaftlichen
Zusammenhalt stärken kann. Ich habe
dafür plädiert, sich auch mit der Perspek-
tive der von PEGIDA und Co. Bedrohten
auseinanderzusetzen und das bayerische
Handlungskonzept gegen Rechtsextre-
mismus zu überarbeiten, weil Rassismus
und Islamfeindlichkeit längst in der Mitte
der Gesellschaft angekommen sind. Es



Katharina Schulze,
MdB, stv. Fraktionsvor-
sitzende
Foto: Olaf Köster

müssen diejenigen unterstützt werden,
die sich schon lange für unsere Demo-
kratie und offene Gesellschaft einsetzen.
Außerdem muss die muslimische Realität
im Alltag sichtbar gemacht werden,
z.B. in den Schulen und in den Medien.

Katharina Schulze



Karikatur: Thomas Kempel